

S t e l l u n g n a h m e

des
Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
vom Mittwoch, dem 14. November 2001 (75. Sitzung)
zu

Antrag der Abgeordneten Dr. Klaus Kinkel, Günther Friedrich Nolting, Dr. Helmut Haussmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP Ächtung aller Landminen ohne Wirkzeitbegrenzung

BT-Drucksache 14/06328

Der Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe empfiehlt dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und bei Enthaltung der Fraktion der PDS, dem Plenum unter der Voraussetzung der Löschung der Beschleunigungsadverbien "vehement, schnellstens, sofort" die Annahme des Antrages vorzuschlagen.

Der Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe empfiehlt darüber hinaus, die Bundesregierung aufzufordern

1. im Rahmen der Überprüfungskonferenz zum VN-Waffenübereinkommen sich weiterhin mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass Antifahrzeugminen mit sensiblen Zündmechanismus bzw. Aufhebsperren, die von Nichtkombattanten unbeabsichtigt ausgelöst werden können und die ohne Wirkzeitbegrenzung und Selbstzerstörungsmechanismus sind, ebenfalls verboten werden.
2. sich auf allen internationalen Ebenen, insbesondere im Rahmen des VN-Waffenübereinkommens als auch im Rahmen des Ottawaprozesses für das Ziel einzusetzen, alle Minen zu verbieten, die unbeabsichtigt von Personen ausgelöst werden können.

3. auf nationaler Ebene Minen, die von Personen unbeabsichtigt ausgelöst werden können, aus dem Bestand der Bundeswehr (soweit nicht zu Übungszwecken im Hinblick auf die Sicherheit der Soldaten im Einsatz unentbehrlich) zu entfernen und Herstellung, Erprobung, Produktion, Lagerung und Export zu unterbinden, um im Sinne der humanitären Rüstungskontrolle ein Signal auch für andere Staaten zu setzen.

Christa Nickels
Vorsitzende

An den/die
Vorsitzende(n) folgender Ausschüsse:
Verteidigungsausschuss (ff)
Auswärtiger Ausschuss